



esse - interesse - interesse - interesse - interesse - interesse - interesse - interesse - interesse
sse - interesse - interesse - interesse - interesse - interesse - interesse - interesse - interesse
se - interesse - interesse - interesse - interesse - interesse - interesse - interesse - interesse
e - interesse - interesse - interesse - interesse - interesse - interesse - interesse - interesse
- interesse - interesse - interesse - interesse - interesse - interesse - interesse - interesse
nteresse - interesse - interesse - interesse - interesse - interesse - interesse - interesse - interesse
teresse - interesse - interesse - interesse - interesse - interesse - interesse - interesse - interesse
eres

INTERESSE

2025/2

Soziale Information Nr. 2

Herausgegeben vom
Fachbereich Gesellschaft und Soziales
der Diözese Linz

Vom Umgang mit Schuld Der Zweite Weltkrieg im Familiengedächtnis

„Die Vergangenheit reicht in die Gegenwart hinein, wirkt in uns weiter, ob es uns passt oder nicht.“

(Uwe von Seltmann)

von Maria Ecker-Angerer

Im Zuge meines Geschichte-Studiums führte ich Ende der 1990er Jahre mehrere Interviews mit meinem Großvater über seine Erfahrungen als Wehrmachtssoldat. Mein Vater meinte, dass er wohl kaum mit mir über die Kriegszeit sprechen würde, er hatte es auch gegenüber seinen Kindern nicht getan. Aber Opa zeigte sich insgesamt überraschend auskunftsfreudig. Genauer betrachtet erzählte er jedoch über weite Strecken recht distanziert, zählte nüchtern Fakten über seine Tätigkeiten auf, blieb bei Nachfragen wortkarg. Richtig lebendig wurden seine Ausführungen nur an einer Stelle. Schmunzelnd schilderte er, mit vielen Details geschmückt, wie er nach einem Urlaub die Behörden und den Arzt geschickt austrickste – er hatte mit exzessivem Kaffee- und Zigarettenkonsum Puls und Blutdruck in besorgniserregende Höhe getrieben, um nicht wieder einrücken zu müssen. – Es ist vor allem diese Anekdote, dir mir aus den Interviews in Erinnerung geblieben ist.

„Verpanzerte“ Schuldabwehr

Das Beispiel meines Großvaters ist recht typisch für das Reden und



Schweigen der Kriegsgeneration. Es ist ein sich hartnäckig haltender Mythos, dass in den Familien über den Krieg gar nicht gesprochen wurde. Die Frage ist vielmehr, was und wie gesprochen wurde. Die Erzählungen wurden oftmals in Abenteuer- und Rettergeschichten gekleidet, ohne dabei das eigentliche Grauen zu thematisieren.

Ebenfalls kaum zur Sprache kamen Episoden, die Fragen nach der eigenen Schuld und Verantwortung am Mittragen der menschenverachtenden Ideologie des Nationalsozialismus und am aktiven Mitwirken an den Gräueln des Zweiten Weltkrieges beinhalteten.

Neben innerpsychischen Gründen, die das Sprechen erschwert haben mögen, half hier die gesellschaftspolitische Haltung kräftig mit. Von Österreich als erstem Opfer oder einem Bundespräsidenten, der darauf bestand, ja nur seine Pflicht getan zu haben, gab es über die Jahrzehnte nach dem Krieg reichlich Angebote, eine reflexartige, „verpanzerte“ Schuldabwehr auszubilden bzw. zu verfestigen.

Dabei hätte im Anerkennen von Schuld auch ein großes Entwicklungspotential gesteckt. Dieser Schritt kann als befreiend erlebt werden, und er birgt

die Chance zur Wiedererlangung und Wahrung des Selbstrespekts. Ich kann mich darin bewähren, meine Schuld auf mich zu nehmen, mich ihr zu stellen, indem ich Verantwortung für mein Tun übernehme. Doch weil sich die Kriegsgeneration den Themen Schuld und Verantwortung nicht offen stellen konnte oder wollte, schwelten diese unbearbeitet und unbesprochen vor sich hin und warfen einen langen Schatten auf die Nachkommen, der teilweise bis heute nachwirkt.

Denn gerade die unbesprochenen Themen haben es buchstäblich in sich. Nicht-Gesagtes wird zwar nicht mit





Vom Umgang mit Schuld – Der Zweite Weltkrieg im Familiengedächtnis

Fortsetzung von Seite 1

Worten, aber in einer eigenen Sprache weitergegeben. Die Autorin Ute Scheub drückt das so aus: „Erschrecktes Abwehren, zornige Mienen, leere oder traurige Blicke, Seufzer – das alles kann schon ein Baby verstehen. Kinder lernen auf diese Weise, dass sie nach bestimmten Dingen nicht fragen dürfen, wenn sie nicht die Liebe ihrer Eltern verlieren wollen. Auf diese unausgesprochene Weise (...) entstehen ‚Gefühlserbschaften‘ und ‚familiäre Aufträge‘. Schuldgefühle der Eltern übertragen sich auf ihre Kinder.“ (Scheub, S. 139).

„Gefühlserbschaften“

„Manchmal schien ihr, sie habe unfreiwillig ein Erbe angetreten, von dem sie nicht genau wusste, worin es bestand.“ (Fritsch, Herzklappen)

Nach jahrelanger Tätigkeit als Historikerin mit Schwerpunkt Nationalsozialismus bin ich inzwischen als Psychotherapeutin tätig. Vor einigen Jahren suchte mich eine 75jährige Frau in der Praxis auf. Es solle um ihren Vater gehen, sagte sie gleich zu Beginn. Schnell wurde spürbar, welch warme und liebevolle Beziehung sie zu ihrem Vater gehabt hatte. Doch es gab viele offene Fragen, diffuse Ahnungen zu seinen Taten im Zweiten Weltkrieg, die an ihr nagten und sie belasteten. „Ich wünsche mir, dass Sie meinen Vater von Schuld freisprechen“, sagte sie.

In diesem Beispiel spiegelt sich die innere Zerrissenheit wider, mit der viele Nachkommen der Kriegsgeneration kämpfen. Einerseits empfinden sie oft eine tiefe Loyalität und Liebe den Eltern gegenüber, wollen und sollen Vater und Mutter ehren. Andererseits reiben sie sich – insbesondere wenn sie selbst eine überzeugt antifaschistische Haltung vertreten – an Eltern, die behaupteten, nichts gewusst und nichts getan zu haben.

Oft ist es ein Kind oder ein Enkelkind aus der Familie, das die „Erinnerungsarbeit“ übernimmt. Warum es – wie auch im Fall meiner Patientin –

sehr oft die jüngeren Geschwister sind, die zu Familienhistoriker:innen werden, ist meines Wissens in der Literatur noch nicht beantwortet worden. Dass diese sich aber auf ein äußerst sensibles Terrain begeben, ist durch Erfahrungsberichte gut dokumentiert. Meistens haben nicht alle Familienmitglieder das gleiche Bedürfnis, in die Familiengeschichte einzutauchen, geschweige denn, diese an die Öffentlichkeit zu tragen. Außerdem hat jede und jeder ihre/seine ganz eigene Beziehung zur erforschten Person. Und auch zwischen den Generationen gibt es Konfliktpotential, denn meistens können sich die Enkel:innen etwas unbefangener, insgesamt „freier“ der Geschichte ihrer Großeltern nähern.

Umgang mit (vererbter) Schuld

Warum ist es eigentlich sinnvoll, sich des Themas „Schuld“ auch nach so langer Zeit noch aktiv zu widmen? Weil Schuldgefühle wie schon weiter oben beschrieben nicht einfach vergehen, sondern – wenn unbearbeitet – generationsübergreifend schwelen. Ute Scheub bringt es auf den Punkt: „Ich kenne nicht wenige Kinder von Nazi-Tätern, die die Schuldgefühle übernahmen, wenn ihre Väter sie nicht empfunden oder besser gesagt verleugnet hatten.“ (S. 199)

Wie können die Nachkommen nun damit umgehen? Meiner Erfahrung nach beginnt die aktive Auseinandersetzung oft mit der schon erwähnten „Erinnerungsarbeit“. Nachfahren stellen Nachforschungen über die Taten der Eltern und Großeltern an. Sie schauen hin, wo bisher weggeschaut wurde. Sie flüchten sich nicht in Ausreden oder reflexartige Schuldabwehr, sondern stellen sich stellvertretend der Familiengeschichte. Was immer diese Recherchen zutage fördern: Anzuerkennen, dass Eltern oder Großeltern möglicherweise schuldig geworden sind, ist mitunter schwer auszuhalten. Darüber mit interessierten, zugewandten Menschen

zu reden, sich eventuell mit Gleichgesinnten auszutauschen, kann bei diesem Prozess enorm helfen. Damit wird der Weg frei zum Beantworten folgender Fragen: Wie möchte ich mit der Familiengeschichte weiter umgehen? Will ich die Verantwortung annehmen, die möglicherweise daraus entsteht – und was heißt das? Welche konkreten Handlungen möchte ich setzen? (Z.B. Engagement zu diesem Thema, politische Wachsamkeit, Einsatz für Minderheiten, usw.)? Und schließlich: Schuld nein, Verantwortung ja – auf diese Formel lässt sich ein gelungener Umgang der Nachkommen zuspitzen. Sich zu sagen: Ja, möglicherweise entsteht aus der Haltung und den Taten meiner Vorfahren ein Verantwortungsgefühl, dennoch bin ich nicht ursächlich schuld an deren Taten. Diese Schuld gilt es zurückzugeben, wo sie hingehört. Manchmal hilft dabei ein Ritual, wie zum Beispiel jenes, das Ute Scheub in Bezug auf ihren Vater angewandt hat: „Irgendwann habe ich meinem toten Vater einen ‚Schuldbrief‘ geschrieben und ihn im Beisein meines ältesten Bruders in seinem Grab in Tübingen verbuddelt. Ich schrieb ihm, (...) dass ich nicht mehr bereit sei, seine Schuld zu tragen. Verantwortung für dieses Leid, jawohl, aber keine Schuld. Dass die Leichen in seinem Keller nicht meine Leichen seien, sondern einzig und allein seine. ‚Lies das gefälligst‘, rief ich, als der Brief endlich vergraben war, und mein Bruder lachte. Es war befreiend.“ (S. 199)

Dr.ⁱⁿ Maria Ecker-Angerer
Psychotherapeutin
www.mariaecker.org

Quellen: Maria Ecker-Angerer: „Eine offene Wunde“. Der Zweite Weltkrieg als Thema in der Psychotherapie mit älteren Menschen (insbesondere der Abschnitt „Vorschlag für personalen Umgang mit „ererbten“ Schuldgefühlen“); Workshop gehalten am GLE-Kongress Berlin, 3. Mai 2024

Ute Scheub: Das falsche Leben – eine Vater-suche. München, 2006.





Wem gehört die Stadt? Sozialethische Perspektiven auf den öffentlichen Raum

Angesichts wachsender sozialer Ungleichheit und privatisierter Räume braucht es ein Umdenken in der Wohn- und Stadtentwicklung. Auch kirchliche Akteur:innen könnten hier Impulsgeber:innen sein, indem sie den Blick auf Aspekte wie das Recht auf Wohnraum und die kollektive Verantwortung für das Gemeinwesen richten.

Martin Schneider, Professor f. Moraltheologie u. Sozialethik an der School of Transformation and Sustainability der Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt.

Wer heute durch unsere Städte geht, sieht, wie sich gesellschaftliche Fragen zunehmend im Raum verdichten: gentrifizierte Viertel, privatisierte Plätze, unerschwingliche Mieten und exklusive Wohnanlagen. Der öffentliche Raum spiegelt soziale Ungleichheiten wider – und verstärkt sie oft sogar. Ein Grund dafür ist, dass ein individualistisches Eigentumsverständnis unsere Raumordnung prägt: Wer Grund besitzt, darf darüber verfügen – meist ohne Rücksicht auf das Gemeinwohl. Zugleich folgt die Wohnraumversorgung einer Marktlogik.

Individuelles Recht auf angemessenen Wohnraum

Die Geschichte zeigt: Die Frage nach Schutzvorkehrungen auf dem Wohnungsmarkt ist eine den Kapitalismus ständig begleitende Herausforderung – vom sozialen Elend im 19. Jahrhundert über die Wohnungsnot der Nachkriegszeit bis hin zur aktuell steigenden Zahl von Obdachlosen. Wohnen ist weit mehr als ein ökonomisches Gut, es hat „viel mit der Würde der Personen“ (LS 152) zu tun, wie der kürzlich verstorbene Papst Franziskus in seiner Enzyklika *Laudato si'* (2015) betont hat. Deshalb ist das individuelle Recht auf angemessenen Wohnraum in die internationalen Menschenrechtskataloge aufgenommen worden – und seine Sicherung eine öffentliche Aufgabe.

Kollektive Verantwortung für das lokale Gemeinwesen

Doch ein individuelles Recht auf Wohnen greift zu kurz, wenn strukturelle Verschiebungen ausgeblendet werden. Der Soziologe Henry Lefebvre hat Ende der 1960er Jahre gezeigt, wie nicht mehr nur ein „Stück Raum“,

nicht mehr nur der Grund und Boden, sondern der (öffentliche) Raum selbst zur Ware wird. Dies ist unter anderem dann der Fall, wenn Stadtteile ökonomischen Verwertungsinteressen unterworfen werden, Einkaufszentren, Multiplex-Kinos, Fast-Food-Ketten, Boutiquen aus dem Boden sprießen und die Bewohner:innen auf ihre Rolle als Konsument:innen reduziert werden.

Dem stellt Lefebvre das „Recht auf Stadt“ entgegen – ein kollektives Recht, das auf Mitgestaltung und (Wieder)Aneignung öffentlicher Räume zielt. Wenn der Boden bereitet, wird für „Begegnungen, Konfrontation mit Unterschieden, gegenseitiges Kennen und Anerkennen von Lebensweisen“, so Lefebvre, erhöht dies die Chancen sozialer Partizipation. Eine Voraussetzung dafür sei aber, dass sich die Bürger als kollektive Eigentümer:innen ihres Lebensraums begreifen und politisch dafür eintreten.

Im Anschluss an Elinor Ostroms Arbeiten zu Gemeingütern lässt sich das „Recht auf Stadt“ als Erschaffung einer „urbanen Allmende“ verstehen. Gemeingüter entstehen, wo Menschen Räume gemeinsam nutzen und verwalten sowie Regeln gemeinsam aushandeln. *Commoning-Bewegungen, Genossenschaften, Mietshäuser Syndikate* und *Community Land Trusts* zeigen: Öffentliche Räume sind mehr als Infrastrukturen – sie sind Ausdruck einer Haltung: Sind wir bereit, unsere Freiheit nicht nur als individuellen Rückzugsraum, sondern gemeinschaftlich verortet und in wechselseitiger Verantwortung zu leben?

Kirche als Akteurin solidarischer Raumentwicklung

Auch kirchliche Einrichtungen könnten diese Haltung stärken – und

an ihre eigene Tradition anknüpfen. Die katholische Soziallehre spricht von der „Gemeinwidmung der Erden-güter“. Die Kirchen könnten dabei auch glaubwürdige Akzente setzen. Wenn beispielsweise pastoral genutzte Immobilien sozial-räumlich betrachtet werden, kann daraus eine kirchliche Verortungspraxis entstehen, die auf eine vernetzte Pluralität von flexiblen und lebensweltnahen pastoralen Orten zielt. Ein Aspekt davon wäre, mit karitativen Verbänden, anderen Kirchen oder den Kommunen zu kooperieren und gemeinsame Nutzungen zu ermöglichen. Parallel zum sozial-räumlichen Denken und Handeln gilt es, die soziale Verantwortung und Gemeinwohl-orientierung in die Immobilienstrategien zu integrieren. Die Kirchen in Deutschland verpflichten sich im gemeinsamen Sozialwort aus dem Jahr 1997 dazu, „in der Orientierung am Gemeinwohl Grundstücke für öffentliche und soziale Zwecke, vornehmlich für den sozialen Wohnungsbau gegebenenfalls in Erbpacht, zur Verfügung zu stellen“. Diese Herausforderung gilt es zu berücksichtigen, wenn Pfarrheime, Pfarrhäuser und andere Gebäude zu Mietobjekten transformiert werden. Warum nicht mit Genossenschaften kooperieren oder eigene gründen, um bezahlbaren Wohnraum zu schaffen und sozial-räumliche Impulse setzen? Eine derartige Praxis ginge über das Anliegen, „Bedürftige“ mit Wohnungen zu versorgen, hinaus. Wer Mitglied einer Genossenschaft ist, ist nicht bloß Empfänger von Hilfe, sondern Mit-Eigentümer eines Commons. In den 1920er Jahren und nach dem Zweiten Weltkrieg wurde diese Idee durch die Gründung von kirchlichen Siedlungswerken aufgegriffen. Dass es sich hier um





„solidarische Ökonomien“ handelt, ist allerdings weitgehend in Vergessenheit geraten. Viel zu oft werden sie entweder unter rein karitativen oder rein wirtschaftlichen Gesichtspunkten betrachtet, als ein Entweder-oder. Heute wäre es an der Zeit, das gemeinsame, solidarische Handeln neu zu entdecken. Dies wäre ganz im Geiste von Papst Franziskus, dessen Sozialverkündigung in den letzten Jahren wichtige Akzente zur kollektiven Aneignung von öffentlichen Räumen gesetzt hat. In seinem programmatischen Schreiben *Evangelii Gaudium* (2013) würdigte er Städte, die das Miteinander in Vielfalt fördern: „Wie schön sind die Städte, die das krankhafte Misstrauen überwinden, die anderen mit ihrer Verschiedenheit eingliedern und aus dieser Integration einen Entwicklungsfaktor machen! Wie schön sind die Städte, die auch in ihrer architektonischen Planung reich sind an Räumen, die verbinden, in Beziehung setzen und die Anerkennung des anderen begünstigen!“ (EG 210). Im „Stadt-

kapitel“ der Enzyklika *Laudato si'* (2015) mahnte er, „dass die verschiedenen Teile einer Stadt gut integriert sind“, damit sich die Bewohner nicht in „Wohnquartieren abkapseln und darauf (...) verzichten, die ganze Stadt als einen eigenen, gemeinsam mit dem anderen genutzten Raum zu erfahren“. Wenn das gelingt, so Franziskus, „sind die anderen nicht mehr Fremde und können als Teil eines ‚Wir‘ empfunden werden, das wir gemeinsam aufbauen“ (LS 151). Papst Franziskus hat städtische Räume als Orte der sozialen Transformation verstanden. Als früherer Erzbischof von Buenos Aires war er mit den urbanen Herausforderungen des Globalen Südens vertraut – und wohl näher dran an dem Recht auf Stadt-Initiativen Lateinamerikas, als vielen Europäern bewusst war.

Quellen: Schneider, Martin (2016): Der Raum – ein Gemeingut? Die Grenzen einer marktorientierten Raumverteilung. In:

Weber, Florian; Kühne, Olaf (Hrsg.): *Fraktale Metropolen – Stadtentwicklung zwischen Devianz, Polarisierung und Hybridisierung* (Hybride Metropolen). Wiesbaden: Springer, S. 179–214, online unter https://doi.org/10.1007/978-3-658-11492-3_10
Schneider (2018): Wohnen ist mehr als ein Dach über dem Kopf. Sozialethische Konsequenzen aus einer Anthropologie des Wohnens. In: *AmosInternational* 3/2018, S. 3–9, online unter <https://www.amosinternational.de/user/pages/02.magazine/issue-2018-3/Amosinternational%202018-3.pdf>
Schneider, Martin (2021): Ethische Ansprüche an das eigene wirtschaftliche Handeln. Zur Notwendigkeit von Standards für die Vergabe von kirchlichen Erbbaugrundstücken und Wohnimmobilien. In: *Jahrbuch für Christliche Sozialwissenschaften* 62 (2021), S. 243–267, online unter: <https://doi.org/10.17879/jcsw-2021-3549>
Schneider, Martin (2022): Bezahlbar wohnen. Ein Schlüssel für soziale Gerechtigkeit, in: *Gemeinde kreativ* 01/2022, S. 10–11, online unter: <https://www.gemeinde-creativ.de/magazin/2022/01/ein-schluessel-fuer-soziale-gerechtigkeit.php>

Schulische Mitbestimmungsprojekte als Teil der Demokratiebildung

Die neue Bundesregierung hat sich zum Ziel gesetzt, die Demokratiebildung in Schulen zu stärken. Dazu soll das Fach Demokratiebildung eingeführt werden.

Dieses Vorhaben soll zum Anlass genommen werden, um Ergebnisse älterer empirischer Studien zur positiven Wirkung von Mitbestimmung von Kindern und Jugendlichen zusammenzufassen. Motiv dafür ist: Die Ergebnisse legen nahe, dass Mitbestimmungsprojekte Teil der Demokratiebildung sein sollten.

Die Studien und ihr Hintergrund

Hintergrund der nachfolgend zitierten Studien war die Verabschiedung der UN-Kinderrechtskonvention

(UN-KRK) im Jahr 1989 und die im selben Zeitraum entstehende Kindheitsforschung. Die UN-KRK war ein wichtiger Meilenstein in der Entwicklung und Ausgestaltung von Kinderrechten. Kinder werden als Subjekte und Träger von Rechten betrachtet. Die Staaten verpflichten sich zur Vorsorge („provision“), zur Fürsorge („protection“) und zur Beteiligung von Kindern („participation“) von Kindern. Absatz 1 von Artikel 12 der UN-KRK i.d.g.F. hält zur Mitbestimmung fest: „(1) Die Vertragsstaaten sichern dem Kind, das fähig ist, sich eine eigene Meinung

*Johann Bacher, Univ.-Prof. i. R. Dr.,
vorm. Institut für Soziologie der
Johannes Kepler Universität Linz.*

zu bilden, das Recht zu, diese Meinung in allen das Kind berührenden Angelegenheiten frei zu äußern, und berücksichtigen die Meinung des Kindes angemessen und entsprechend seinem Alter und seiner Reife.“

Parallel zur Kinderrechtsbewegung, die in der UN-KRK resultierte, vollzog sich ein ähnlich bedeutsamer Perspektivenwandel in der Wissenschaft. In der entstehenden Kindheitsforschung wurden Kinder als Subjekte und nicht als Objekte der Forschung betrachtet. In Studien wurden daher nicht mehr Eltern über das Befinden und die Wün-



sche ihrer Kinder befragt, sondern Kinder selbst. In Österreich führten Lisolette Wilk und ich Anfang der 1990er Jahre eine großangelegte Kindseinstudie durch (Wilk/Bacher 1994), in der erstmals 2.745 Kinder der 4. Volksschulklasse selbst befragt wurden.

Im Rahmen des 3. Jugendberichts des zuständigen Bundesministeriums ergab sich dann im Jahr 1989 die Möglichkeit, die Partizipation von Kindern und Jugendlichen empirisch zu erforschen. Wir – Lisolette Wilk, ich und Kolleg:innen – konnten österreichweit $n=269$ Jugendliche im Alter von 13 bis 20 Jahren, die in den Jahren 1995 bis 1997 an einem kommunalen Partizipationsprojekt teilnahmen, befragen. Die Ergebnisse zeigten, dass das demokratische Bewusstsein der teilnehmenden Kinder und Jugendlichen gestärkt wurde, ihre solidarische Grundhaltung zunahm und Kompetenzen zur Bewältigung von Problemen und Entwicklungsaufgaben erworben wurden. Diese positiven Effekte konnten in Folgestudien, die sich explizit mit der Mitbestimmung in den Schulen beschäftigten, bestätigt werden. So z.B. erbrachten Analysen auf der Grundlage des Kinderpanels des Deutschen Jugendinstituts, in denen Kinder im Alter von 8 bis 12 Jahren befragt wurden, Anfang des neuen Jahrtausends folgenden Befund (siehe Abbildung): Schulische Mitbestimmung korreliert positiv mit Schulleistungen und der kognitiven und sozialen Aufgeschlossenheit der Kinder, während Gewalterfahrung und Unterrichtstörungen bei mehr schulischer Mitbestimmung seltener auftreten.

Anregungen für die Demokratiebildung

Aus den genannten Studien und der Forschung zu diesem Themengebiet lässt sich ableiten, dass mehr schulische Mitbestimmung und insbesondere die Durchführung von Mitbestimmungsprojekten positive Effekte auf die teilnehmenden Schüler:innen und die Schule haben. Schulische Mitbe-

stimmung sollte Teil der Demokratiebildung sein, sich aber nicht auf ein Unterrichtsfach beschränken. Damit Mitbestimmungsprojekte erfolgreich sind, sind bei ihrer Umsetzung bestimmte Faktoren zu beachten. Ein wichtiger Erfolgsfaktor ist eine demokratische Leitung der Projekte. Mit den Merkmalen einer demokratischen Leitung hat sich intensiv Kurt Lewin in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts beschäftigt. Sie bedeutet nach ihm, dass die Projektleitung, z.B. der/die verantwortliche Klassenlehrerin, gemeinsam mit den Schüler:innen eine Projektidee und einen Plan zur Umsetzung entwickelt, dass er/sie alle Schüler:innen gleich behandelt und sich der ganzen Gruppe gegenüber verantwortlich fühlt. Er/sie unterstützt die Gruppe bei der Durchführung und achtet darauf, dass alle gemeinsam an der Umsetzung arbeiten. Als wichtig erachtet Lewin darüber hinaus eine bestimmte Dauer des Projekts sowie die Bereitschaft der Teilnehmenden, Mehrheitsentscheidungen zu akzeptieren. In einem Aufsatz, den er gemeinsam mit seiner Gattin Gertrud Lewin im Exil in den USA vor dem Hintergrund des Zweiten Weltkrieges 1940 verfasste, halten die beiden Autor:innen darüber hinaus fest, dass demokratische Erziehung bereits in der Grundschule möglich ist, sofern sie altersgemäß stattfindet. Sie betonen

weilers, dass der Erfolg einer demokratischen Schule auch davon abhängt, in welchem Ausmaß eine demokratische Grundhaltung in einer Gesellschaft besteht.

Fazit

Schulische Mitbestimmungsprojekte in Schulen könnten einen wichtigen Beitrag zur Demokratiebildung leisten. Ihr Potenzial sollte in Zukunft stärker genutzt werden.

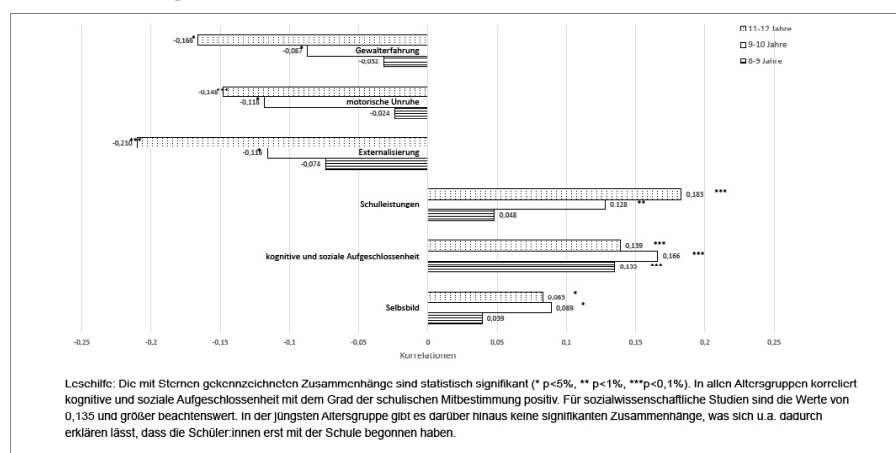
Quellen (Auswahl) : Bacher, J., Gerich, J., Lehner, R., Straßmair, M. & Wilk, L. (1999). Auswirkungen kommunaler Jugendbeteiligungsprojekte. Endbericht Band III. Wien.

Lewin, K. & Lewin, G. (1982). Demokratie und Schule. In C. F. Graumann u.a. (Hrsg.), Psychologie der Entwicklung und Erziehung. Bern-Stuttgart.

Weber, C., Winklhofer, U. & Bacher, J. (2008). Partizipation von Kindern in der Grund- und Sekundarschule. In C. Alt (Hrsg.), Kinderleben: Individuelle Entwicklungen in sozialen Kontexten. Wiesbaden.

Wilk, L., & Bacher, J. (1994). Kindliche Lebenswelten: Eine sozialwissenschaftliche Annäherung. Opladen.

Abbildung: Zusammenhänge der schulischen Mitbestimmung mit Schulleistungen, Kompetenzen und Schulproblemen.





China und Europa in der Welt von Donald Trump

Donald Trumps Zollpolitik zielt nicht nur auf wirtschaftliche Vorteile, sondern auf eine strategische Isolierung Chinas – mit globalen Folgen. Im Spannungsfeld zwischen Washington, Peking, Moskau und Brüssel stellt sich die Frage neu: Wer bestimmt die Spielregeln in der Weltpolitik – wer spielt mit?

Univ. Prov.ⁱⁿ Dr.ⁱⁿ i. R. Susanne Weigelin-Schwiedrzik, Institut für Ostasienwissenschaften, Universität Wien

Die Zoll-Politik des US-Präsidenten hat einen Gegner im Visier und ein Ziel vor Augen: Es geht darum, das einzige Land, das bereit und in der Lage wäre, die Hegemonie der USA in Frage zu stellen, ökonomisch so in Bedrängnis zu bringen, dass es nicht anders kann, als sich dem Willen der USA zu unterwerfen. Die in der globalisierten Welt sehr gut vernetzte VR China soll von ihren zahlreichen Handelspartnern getrennt und so viele Länder wie möglich überzeugt werden, dass sie sich von der VR China „de-couplen“ müssen. Das Ziel, das Donald Trump und sein Team verfolgen, besteht darin, die weltweite Hegemonie der USA durch maximale Isolation Chinas wieder herzustellen und damit den Ausbruch eines militärischen Konflikts zwischen den USA, der VR China und Russland zu vermeiden.

Trump's Normalisierungsversuch in den Beziehungen zu Russland ist demnach Teil dieser Strategie, denn durch die Annäherung an Putin versucht Trump, auch diesen aus der engen Verbindung mit der VR China zu lösen. Weil das vielleicht am schwierigsten zu bewerkstelligen ist, wurde Russland mit keinen Zöllen belegt.

Kein Wunder also, dass die Führung der VR China sich gezwungen sieht, gegen diese Pläne Widerstand zu leisten. Dabei hat sie mit dem Problem zu kämpfen, dass sie durch ihren weltweit einmaligen Widerstand genau das vollzieht, was Trump geplant hat: Sie steht alleine da und wird von dem amerikanischen Präsidenten als „respektlos“ stigmatisiert. Wer immer der VR China öffentlich Unterstützung zollt, verschlechtert seine Verhandlungsposition im Weißen Haus.

Südostasien im geopolitischen Spannungsfeld

Die Länder in Südost-Asien haben sofort auf die Signale des Weißen Hauses reagiert und ihre Bereitschaft zu Verhandlungen in der von Trump eingeräumten zollfreien Periode von 90 Tagen erklärt. Vietnam wurden besonders hohe Zölle angedroht, weil man in Washington weiß, dass viele chinesische Unternehmen ihre Produktion längst nach Vietnam ausgelagert haben und von dort aus ihre Produkte auf dem amerikanischen Markt platzieren. Überhaupt wird im Überfluss aus der VR China nach Südostasien exportiert, weil die Produkte von dort aus weiterverkauft werden. Die Zölle, die diesen Ländern ins Haus stehen, sollen dazu dienen, diese Praxis zu erschweren. Aber ein Einlenken in ökonomischen Fragen allein wird noch nicht ausreichen. Man stellt sich darauf ein, dass Donald Trump auch geopolitischen Druck ausüben möchte. Südost-Asien soll dadurch, dass es sich den ökonomischen Wünschen der USA unterwirft, zeigen, dass es auch politisch mit Washington in einem Boot sitzt.

Präsident Xi Jinping hat sich deshalb schon auf eine Reise nach Vietnam, Malaysia und Kambodscha gemacht. Er will sich dort als verlässlicher Partner präsentieren. Er jedoch wird nicht verhindern können, dass diese Länder auf die Linie des Weißen Hauses partiell einschwenken. Er kann nur versuchen, sie darin zu bestärken, sich nicht einseitig auf die Seite der USA ziehen zu lassen.

Strapazierte diplomatische Beziehungen

Im Gegensatz dazu hat Präsident Xi die Einladung von Kommissionspräsidentin Ursula v.d. Leyen, aus Anlass

von 50 Jahren diplomatische Beziehungen zwischen der EU und der VR China nach Brüssel zu kommen, abgelehnt. Ratspräsident Costa hatte schon im Januar das Gespräch mit Peking in dieser Frage gesucht. Nun wird darüber gesprochen, ob die EU in der Mitte des Jahres Peking einen Besuch abstatten kann. Offenbar ist man zu der Einsicht gekommen, dass Europa wohl kaum auf Dauer einen Konflikt mit allen drei nuklearen Großmächten auf sich nehmen kann. Dass Präsident Xi nicht nach Brüssel kommen will, mag eine Reihe von Gründen haben. Auf jeden Fall möchte er Präsident Putin nicht durch zu viel Nähe zur EU verärgern und womöglich den Eindruck erwecken, als positioniere sich China in der Frage der Zukunft der Ukraine mit der EU gegen Russland und die USA.

Präsident Xi spielt das Spiel von Donald Trump nicht mit, und doch hält er sich an dieselben Spielregeln: Die Großmächte verteilen Lob und Tadel, Vor- und Nachteile, Trost und Schrecken, je nach dem, wie sich jene Länder ihren Wünschen gegenüber verhalten, die sich in ihrer imaginierten Einflussphäre befinden. Für China ist Südostasien das Gebiet in der Welt, das von größter Bedeutung ist. Seit jeher sieht China sich als Weltmacht, wenn die Länder in seiner Umgebung die Vorherrschaft Chinas in der Region anerkennen. Dementsprechend ist für die USA jedes Land für die eigene Einflussphäre zu gewinnen, das bisher eng mit China kooperiert. Trump will nicht die Welt mit China teilen, sondern die Welt gegen China aufstellen. Sollten sich die Länder Südostasiens auf den Isolationskurs von Donald Trump einlassen, wäre das für die VR China ein herber Rückschlag und für Washington so etwas wie ein Sieg.





Fortsetzung von Seite 6

Europa als Partner auf Augenhöhe?

Europa ist ökonomisch für China von großer Wichtigkeit. Nachdem aufgrund der Zölle zu befürchten ist, dass der Handel zwischen den USA und der VR China nun vollkommen zum Erliegen kommt, muss China dringend die Lücke füllen, die durch die Abkoppelung von den USA entsteht. Aber die EU hat in den vergangenen Jahren sich so stark auf die USA verlassen, dass sie meinte, deren Abkoppelungswünsche – wenn auch im EU-Jargon „De-Rsiking“ genannt. – umsetzen zu müssen. Präsident Xi muss deshalb seinem Unmut Ausdruck verleihen und sagt eine Einladung nach Brüssel ab. Dabei macht er deutlich: Der Wunsch von Frau v.d. Leyen, mit der VR China „auf Augenhöhe“ verhandeln zu können, ist ebenso unrealistisch wie der, von Donald Trump in Washington als „gleichberechtigt“ empfangen zu werden. Alle drei großen Nuklearmächte, die USA, Russland und China, betrachten die EU längst nicht mehr als ebenbürtig. Die einzige Großmacht, die der EU helfen kann, aus dieser misslichen Lage das Beste zu machen, ist China. Nur wenn EU-Europa lernt, als Mittelmacht mit allen Großmächten Beziehungen zu pflegen und nach dem Prinzip des Machtausgleichs die guten Beziehungen zu der einen zu nutzen, um zu weitgehende Forderungen der anderen zurückzuweisen, wird die EU die derzeit schwierige Situation bestehen können. Brüssels Verhandlungen mit Washington über die Zölle und die damit verbundenen sonstigen Wünsche der USA könnten die Gelegenheit bieten, eine realistische Politik als Mittelmacht pragmatisch umzusetzen.

IN EIGENER SACHE:

Dieser Ausgabe der sozialen Information "Interesse" liegt ein Zahlschein für das Jahr 2025 bei. Wir bitten Sie, uns auch in diesem Jahr wieder mit einem **Druckkostenbeitrag von 10 Euro** zu unterstützen.

IBAN: AT37 5400 0000 0001 6972

Verwendungszweck: 430831231 Druckkostenbeitrag – Interesse
Vielen Dank dafür!

Das Redaktionsteam

resse - interesse - interesse - interesse - interesse
sse - interesse - interesse - interesse - int
se - interesse - interesse
e - int

BÜCHER

Folgendes Buch ist im Fachbereich Gesellschaft und Soziales entlehnbar:

L. Neubauer, Chr. Endt, O. Häntzschel: Der Klimaatlas. 80 Karten für die Welt von morgen. Rowohlt Verlag, Hamburg 2024, 192 Seiten.

Man könnte glauben, es ist schon alles über die Klimakrise, gesagt und geschrieben worden, alle Zahlen und Statistiken liegen auf dem Tisch. Die Autor:innen haben nun diese Fakten in informativen Grafiken und anschaulichen Karten zusammengefasst und dargestellt. Welche Kräfte und ihr Zusammenwirken sind für den derzeitigen Zustand verantwortlich?

Es gibt aber auch andere Auswege aus der Krise als Radfahren, Recycling und Tofu. Dieser notwendige Wandel wird in mehreren Kapiteln aufgezeigt: geografischer Wandel (Städte, Kontinente, Meere ...), ökologischer Wandel (Temperatur, planetare Grenzen, Grenzen der Technologie ...), gesundheitlicher Wandel (mentale Gesundheit, Nahrungsmittel, Luft ...), gesellschaftlicher Wandel (Staus in Städten, Aktivismus zu Hause und in der Welt, Menschheitskrise ...), politischer Wandel (fossiler Lobbyismus, Verbrennerverbot ...), wirtschaftlicher Wandel (Erfolgsaussichten der Klimawende ...), technologischer Wandel (Energie, Mobilität ...).

Ein trotz aller negativen Entwicklungen ein positiv endendes Buch.

Der Lebenskomplex



Unlängst fuhr ich mit zwei sehr guten Freunden in die Berge. Vergnügt saßen wir im Zug und teilten Mannerwafflerl (abgelaufen, aber wir Mühlviertler:innen mögen das, nur nichts verschwenden!). Wir sekierten gutmütig den einen von uns, der noch kein Klimaticket besitzt, und taten so, als seien wir ihm klimatisch-moralisch überlegen, dabei war ich mit dem Auto zum Bahnhof gefahren, unsere Ausrüstung bestand aus Plastik, unser ganzes Leben war nicht eben CO2-neutral. Wir redeten über die komplizierte Gegenwart und unseren Beitrag zu all den Krisen und waren doch gut aufgelegt, denn im Idealfall würde oberhalb der Baumgrenze Pulverschnee liegen. Die Saison war traurig gewesen, überall erschreckend wenig Schnee. Bald begann der Zugbegleiter mitzuplaudern, wurde immer mitteilbarer, und wir hörten ihm gern zu. Er sei quasi der oberste Schwule von Tirol, er organisiere hier die Pride Parade. Entgegen aller Bürokratie habe er sich einen ausgefallenen Vornamen gegeben, um sich von der Herkunftsfamilie abzugrenzen, jetzt sei er ein glücklicher Mann. Wir beglückwünschten ihn. Dann wechselte er das Thema und sagte stolz, er sei in seinem Herkunftsbundesland ein hohes Tier bei der FPÖ gewesen, kurz vor dem Sprung in die höchste Ebene. Wir drei uns weltoffen Gebenden sahen einander heimlich ziemlich betroppt an und sagten: Aha. Ja, aber er habe die Partei verlassen, wegen eines homophoben Parteikollegens! Hm, sagten wir. Dann erzählte er von seinen neuen Ambitionen, wir nickten bloß noch diplomatisch und gaben bald vor, zurück an unsere Plätze zu müssen. Herrjeh, wann ist alles so kompliziert geworden?! sagte ich dann zu den Freunden, und sie hoben ratlos ihre Schultern. Immerhin gab's dann später wirklich Tiefschnee.

Ihre Weinbergschnecke





resse - interesse - interesse - interesse - interesse
sse - interesse - interesse - interesse - in
se - interesse - inter

TERMINE

im Dialog mit der Stadt Linz mit Susanne Seyfert, Architektin

Fr., 23. Mai 2025, 14:45 bis 16:30 Uhr

Ort: Domcenter Linz

Wir gehen mit prominenten Personen zu ausgewählten Plätzen und tauschen uns dabei über Situation und Entwicklungspotenziale der Stadt Linz aus.

Anmeldung erwünscht:

urbi.orbi@dioezese-linz.at

oder ☎ 0676 / 8776 6000

Sozial-Polititsches Gebet

Do., 12. Juni 2025, 18:00 Uhr

Herzliche Einladung zum Sozialpolitischen Gebet mit dem Thema „Frieden“.

Ort: Ursulinenkirche, Landstraße 31
4020 Linz

FEST FÜR DIE ERDE

Sa., 4. Okt 2025, ab 14:00 Uhr

Ort: Linzer Domplatz und im Mariendom

Die Katholische Aktion veranstaltet mit Kooperationspartner:innen ein FEST FÜR DIE ERDE.

Ab 14:00 Uhr heißt es am Domplatz „Wir sind dran! Platz für Möglichkeiten“. Über 30 verschiedene Organisationen präsentieren Ideen für eine nachhaltige und mitweltgerechte Zukunft. Die Künstlerin Joseline Engeler lädt Besucher:innen zum Kunstprojekt „Nunc“ ein.

Ab 20:00 Uhr versetzt das **Vokalen-semble LALÁ** mit ihrem Konzert das Publikum in Staunen. Die Gewinner:innen des Songwriting Contests „Dein Lied für die Erde“ präsentieren ihren Song und Stimmen aus dem globalen Süden erzählen über ihr Leben.

www.festfuerdieerde.at



INTERNATIONALES JÄGERSTÄTTER-GEDENKEN IN ST. RADEGUND, OBERÖSTERREICH, ZUM 82. TODESTAG FRANZ JÄGERSTÄTTERS

Freitag, 8. August 2025:

18:00 Uhr Abendgebet/Vesper in der Kirche St. Radegund

Anschließend „Social Evening“ im Gasthaus Hofbauer

Samstag, 9. August 2025:

Tarsdorf (Gemeindesaal oder Pfarrheim):

9.30 Uhr Dr. Erna Putz, Jägerstätter-Biografin und Autorin:

Franz Jägerstätter auf dem Weg zu seiner Entscheidung

10.00 Uhr Univ. Prof. i.R. Dr. Wolfgang Palaver, Sozialethiker und Theologe, Präsident von Pax Christi Österreich:

Menschenrechte und Demokratie unter Druck – Widerstandskraft aus der christlichen Friedensethik

12.00 Uhr Mittagessen im Gasthaus Romstötter

13.30 Uhr Fußwallfahrt von Tarsdorf nach St. Radegund

16.00 Uhr Andacht zur Todesstunde in der Pfarrkirche St. Radegund

19.30 Uhr Eucharistiefeier mit Bischof Manfred Scheuer
in der Pfarrkirche St. Radegund
Lichterprozession zur Jägerstätter-Grabstätte

Nähere Infos: office@paxchristi.at oder Tel. 0732/7610-3253

Impressum: Inhaberin Diözese Linz (Alleininhaberin)
Herausgeberin und Verlegerin: Mag.^a Lucia Göbesberger, Fachbereich Gesellschaft und Soziales,
Diözese Linz, Bereich 3 Soziales & Caritas, Kapuzinerstraße 84, 4020 Linz, ☎ (0732) 76 10 – 32 51
E-Mail: gesellschaft_soziales@dioezese-linz.at, www.dioezese-linz.at/soziales
Hersteller: Druckerei Haider Manuel e.U., 4274 Schönaui.M., Niederndorf 15
Verlagsort Linz, Verlagspostamt 4020 Linz/Donau, Erscheinungsort Linz
Österreichische Post AG - M202Z031665M – Diözese Linz, Kapuzinerstraße 84, 4020 Linz
Die Inhalte müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen.


Katholische Kirche
in Österreich

